

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

auch wenn das neue Jahr schon wieder ein paar Tage alt ist, möchte ich hier die Gelegenheit nutzen und Ihnen / Euch zunächst ein frohes und vor allem gesundes Neues Jahr 2022 wünschen – verbunden mit dem innigsten Wunsch von sicherlich uns allen, bald wieder zur Normalität zurückkehren zu können!

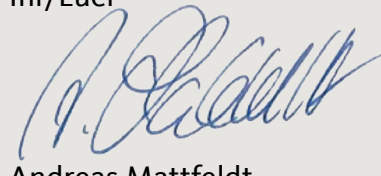
Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im neuen Jahr liegt hinter uns. Wichtige wegweisende Entscheidungen für unser Land stehen an. Berücksichtige ich allein die zahlreichen Zuschriften besorgter Menschen aus meinem Wahlkreis denke ich spontan an die Diskussionen um die allgemeine Impfpflicht und die Energiewende.

Persönlich halte ich eine Impfung für sinnvoll und werbe dafür. Ich selbst habe mir „meinen Booster“ geholt. Auf Bitten des Landkreises in Osterholz habe dafür gesorgt, dass bei uns während einer Impfkation genügend Impfstoff zur Verfügung steht. Gleichwohl darf ich an dieser Stelle versichern, dass ich strikt gegen eine allgemeine Impfpflicht oder eine für spezielle Berufsgruppen bin. Eine solche Pflicht halte ich für juristisch fragwürdig. Außerdem befürchte ich, dass die Auswirkungen auf die Berufswahl negativ sein werden. Dort, wo bereits jetzt Fachkräftemangel herrscht – wie im Pflegebereich – würde dies den Mangel verstärken. In den nächsten Wochen werden wir in Fraktions- oder Gruppenanträgen – dies macht der Bundeskanzler offenbar davon abhängig, ob seine Ampel eine eigene Mehrheit auf die Beine gestellt bekommt ... oder auch nicht – über eine Impfpflicht zu entscheiden haben. Ich darf Ihnen versichern, dass ich keinen dieser Anträge unterstützen werde, der eine allgemeine Impfpflicht beinhaltet. Impfen muss freiwillig sein und bleiben!

Ein anderes Thema, das die Menschen in den Zuschriften beschäftigt, ist die Energiewende mit absehbaren Folgen wie höhere Strompreise oder vermehrte Stromausfälle. Heizen ist bereits jetzt schon teuer geworden, obwohl die Menschen mit dem Energieverbrauch viel bewusster umgehen, als vor einigen Jahrzehnten. Im vergangenen Jahr hat Katarina Barley (SPD) in einer Polit-Talkshow den Menschen selbst die Schuld zugeschoben, als sie meinte, „die Kilowattstunde, die ich nicht verbrauche, ist am billigsten“. Auch die Pressekonferenz des neuen Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck (Grüne), lässt nicht viel Gutes erwarten. Wer bis 2023 das letzte Kernkraftwerk und bis 2030 das letzte Kohlekraftwerk abschalten möchte und bis 2045 klimaneutral sein möchte, sollte den Menschen und der Wirtschaft zügig erklären, wer das alles bezahlen soll, wieviel das alles kostet und wie hoch infolge dessen Preise und Abgaben sein werden. Der Bundesminister hat dies knapp mit den Worten umrissen: „Voll ins Risiko – und vielleicht gelingt es ja auch.“ Wenn es um unseren Wohlstand geht, der unseren Sozialstaat, die Energiewende selbst, unser Bildungs- und Gesundheitssystem erst möglich macht, dann ist mir ein „vielleicht“ zu wenig.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE



Jonathan Kaufmann (Praktikant) und Andreas Mattfeldt (MdB)

„Hallo, ich bin Jonathan Kaufmann 16 Jahre alt und komme aus dem Landkreis Osterholz in der Nähe von Bremen. Zurzeit mache ich ein Praktikum im Abgeordnetenbüro von Andreas Mattfeldt in Berlin. Normalerweise besuche ich das Gymnasium Lilienthal und gehe in die 11. Klasse. Auf das Praktikum hier bin ich durch mein Interesse an der Politik gekommen. Ich möchte hier die Arbeit und die Abläufe eines Politikers besser kennenlernen. In meiner Freizeit bin ich ehrenamtlich in der

Feuerwehr Lilienthal aktiv und Vorsitzender des Kreisschülerrates Osterholz. Bisher habe ich hier in Berlin die Sitzungswoche miterlebt. Ich durfte beim Petitionsausschuss dabei sein und habe Recherchen, Organisations- und Verwaltungsarbeit übernommen. Ich hoffe in den 3 Wochen viele weitere spannende Einblicke hier im Leben der Politik zu bekommen und freue mich auf die nächste Zeit.“

THEMEN DER WOCHE

FRAGEWÜRDIGE KREDITPOLSTER DER BUNDESREGIERUNG

Der Regierungsentwurf für den Nachtragshaushalt wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Eines ist klar: Die Ampel-Koalition braucht Geld, sehr viel Geld - und zwar dringend. Es wurden zu viele Versprechungen gemacht, die sich nur mit zusätzlichen Schulden finanzieren lassen. Die Ampel-Koalition will Kreditermächtigungen für die Corona-Pandemie nutzen, um sich ein komfortables Kreditpolster für die kommenden Jahre zu schaffen. Dieses Vorgehen ist aus Sicht der Unionsfraktion verfassungsrechtlich nicht haltbar und behält sich daher eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht vor. Die Frage, ob und wie sich der Bund mit zweistelligen Milliardenbeträgen verschuldet, ist für CDU/CSU eine essentielle Frage von Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Haushaltspolitik.

Zum Nachtragshaushalt hat es nunmehr eine Anhörung von Sachverständigen im Haushaltsausschuss gegeben. Die Anhörung hat gezeigt, dass die Mehrheit der Juristen unter den Sachverständigen das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2021 für verfassungswidrig hält. Damit sieht sich die Union in ihrer Auffassung bestätigt. Die Schuldenbremse darf nicht fallen. Die Stellungnahmen der Sachverständigen sind eine gute Basis für ein Normenkontrollverfahren in Karlsruhe. So ist die schuldenfinanzierte Rücklagenbildung für den Energie- und Klimafonds nicht mit den haushaltsverfassungsrechtlichen Grundsätzen vereinbar. Ein weiteres wichtiges Argument ist, dass zwischen dem Neuverschuldungsbedarf und der Notlage ein konkreter Veranlassungszusammenhang bestehen muss. Dieses Prinzip wird mit der Umwidmung der sogenannten „Corona-Kredite“ in „Klima-Kredite“ missachtet. Eine nachträgliche Zweckänderung ist nicht für die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse gedeckt.

ANDREAS MATTFELDT IST MITGLIED IM BUNDESFINANZIERUNGSGREMIUM

Als Mitglied des Haushaltsausschusses ist Andreas Mattfeldt durch den Deutschen Bundestag zum Mitglied des Bundesfinanzierungsgremiums (offiziell: Gremium gemäß § 3 des Bundesschuldenwesengesetzes) gewählt worden. Das Bundesfinanzierungsgremium hat mehrere Zuständigkeitsbereiche. Es übt unter anderem die parlamentarische Kontrolle über das Schuldenwesen des Bundes aus. Es wird dabei vom Bundesministerium der Finanzen über alle Fragen des Schuldenwesens des Bundes unterrichtet. Des Weiteren wird das Gremium seit dem 1. Januar 2010 von der Bundesregierung gemäß § 69a der Bundeshaushaltsordnung über alle Fragen der Beteiligungen des Bundes an privatrechtlichen Unternehmen sowie der Beteiligungsverwaltung durch die Bundesregierung unterrichtet.

ANDREAS MATTFELDT ZUM OBMANN GEWÄHLT

Mit 90 Prozent der Unionsfraktion ist Andreas Mattfeldt zum Obmann der Arbeitsgruppe Petition gewählt worden. Bereits seit 2009 begleitet Mattfeldt als ordentliches Mitglied die Arbeit in diesem Gremium, dass in der täglichen Parlamentsarbeit recht unscheinbar wirkt - durch seinen großen Einfluss auf die Arbeit der Fraktionen, Ausschüsse und Ministerien im Bund und in den Ländern aber eines der wichtigsten Gremien überhaupt ist. Hier wird entschieden, welche Petitionen von Bundesbürgern in Gesetze einfließen werden oder die Basis für neue Initiativen bilden. Daher hat sich Mattfeldt von Beginn seiner Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag konsequent im Petitionsausschuss engagiert: „Hier erfahre ich direkt, was den Menschen unter den Nägeln brennt!“

WAHLKREIS AKTUELL



v.l.n.r.: Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (kooptiertes Mitglied des Kreisvorstandes), Andreas Mattfeldt (MdB), Henrik Rump (stv. Kreisvorsitzender) und Gerd Engel (Kreisvorsitzender)

„BETREUER“ ANDREAS MATTFELDT ZU BESUCH IM HEIDEKREIS

Schon seit der Bundestagswahl 2017 ist der Heidekreis nicht mehr mit einem eigenen Abgeordneten der CDU im Deutschen Bundestag vertreten. Andreas Mattfeldt wird in den nächsten

vier Jahren dem Heidekreis als sogenannter „Betreuungsabgeordneter“ zur Seite stehen und für die Bürgerinnen und Bürger ein Ansprechpartner in Berlin sein. Im Rahmen dieser neuen Aufgabe hat er der CDU im Heidekreis vergangene Woche „einen ersten Besuch abgestattet.“

BÜRO BERLIN

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de